

**Norbert Bömer**  
Am Kruppsee 8  
47229 Duisburg  
Tel.: 01573 4 913 912

Duisburg, 22. November 2015

Offener Brief an die Bürgermeister der Städte  
Bochum, Dinslaken, Dortmund, Duisburg, Essen und Oberhausen

Herrn Oberbürgermeister Thomas Eiskirch  
Herrn Bürgermeister Dr. Michael Heidinger  
Herrn Oberbürgermeister Ullrich Sierau  
Herrn Oberbürgermeister Sören Link  
Herrn Oberbürgermeister Thomas Kufen  
Herrn Oberbürgermeister Daniel Schranz

**Betr.: STEAG - Vattenfall**

Sehr geehrte Oberbürgermeister und Bürgermeister,

wie die NRZ in ihrer Ausgabe vom 11. November 2015 berichtete, zeigt das Stadtwerke-Konsortium Rhein-Ruhr (STEAG) großes Interesse an einem Kauf der „ostdeutschen Braunkohle-Aktivitäten des schwedischen Energieversorgers Vattenfall“. Vattenfall betreibt derzeit in Brandenburg und Sachsen fünf Braunkohle-Tagebaue und vier Braunkohle-Kraftwerke. Unter den Kraftwerken ist auch das Kraftwerk Jänschwalde, das in den letzten Jahren wegen seiner enormen CO<sub>2</sub> Emissionen im Focus der Kritik stand. Mit ca. 24 Mio. t CO<sub>2</sub> pro Jahr gehört Jänschwalde nach Neurath und Niederaußem zu den drei Kraftwerken mit den höchsten absoluten Emissionen in Deutschland. Europaweit belegte das Kraftwerk Jänschwalde 2014 Platz 4. ([Sandbag](#))

Wir halten die Überlegungen des Stadtwerke-Konsortiums für grundlegend falsch und appellieren an Sie als politisch Verantwortliche der betreffenden Kommunen und Eigentümer der Stadtwerke dem Kauf der Braunkohleanlagen durch die STEAG nicht zuzustimmen.

Begründung:

1. Die Braunkohleverbrennung trägt maßgeblich zum Klimawandel bei. Mehr als 20% aller energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland ([Energiedaten: Gesamtausgabe 10/2015, BMWi](#)) stammen aus Braunkohlekraftwerken. Pro Kilowattstunde werden bis zu 1200 g CO<sub>2</sub> ausgestoßen, damit ist die Braunkohle der klimaschädlichste aller Energieträger überhaupt. Neben CO<sub>2</sub> entstehen bei der Verbrennung auch gesundheitsschädliche Emissionen von Schwefeldioxid, Stickoxiden, Feinstaub und Schwermetallen. Um Fortschritte beim Klimaschutz zu erreichen, hat die [Bundesregierung Klimaschutzziele](#) formuliert. Bis 2020 sollen die Emissionen mindestens um 40 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Die wachsende Kohleverstromung hat in den Jahren 2012/13 mit dazu geführt, dass die CO<sub>2</sub> – Emissionen in der

Bundesrepublik wieder angestiegen sind. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, sind die Klimaschutzziele nicht einmal ansatzweise erreichbar. Jetzt in Braunkohleverbrennungsanlagen zu investieren würde bedeuten, die Klimaziele der Bundesregierung zu konterkarieren.

2. Sollen auch die langfristigen Klimaziele der Bundesregierung (80-95% Reduktion) erreicht werden, wird es in den nächsten Jahren ein Kohleausstiegsprogramm geben müssen. Unternehmen werden dann ihre Rohstoffvorkommen nicht mehr fördern und verkaufen können. Dadurch ist damit zu rechnen, dass die Unternehmen, die im fossilen Sektor arbeiten, stark an Wert verlieren werden. Eine heutige Investition von Kommunalen Betrieben in den fossilen Sektor bedeutet daher ein hohes finanzielles Risiko, das im Falle eines Verlustes die ohnehin schon finanzschwachen Kommunen im Ruhrgebiet tragen müssten. Daran wird auch der beschlossene Atomausstieg im Jahre 2022 nichts ändern. Da die STEAG bereits schon heute vor allem im fossilen Sektor arbeitet, ist es dringend geraten an, andere Geschäftsfelder aufzusuchen. Diese könnten im Aufbau einer dezentralen, nachhaltigen Energieversorgung aus regionalen erneuerbaren Energien liegen. Dadurch könnten die Kommunalen Energieversorger dazu beitragen in Zukunft bezahlbare Energie ausreichend verfügbar zu machen und gleichzeitig die regionale Wertschöpfung durch Nutzung regionaler Energiequellen zu stärken. Dass damit auch Arbeit und Einkommen gesichert und zusätzlich neu geschaffen werden können, brauchen wir Ihnen sicher nicht zu sagen.
3. Wie aus den Presseberichten zu entnehmen ist, ist die Eigenkapitallage des Stadtwerke-Konsortiums nicht gerade üppig. Die STEAG sucht daher nach einem Finanzinvestor, der die notwendigen Mittel für einen Kauf bereitstellen soll. Finanzinvestoren, und schon gar keine „Heuschrecken“, beteiligen sich normalerweise nicht an den Verlusten eines Geschäftes, sondern verlangen eine langfristige Rendite. Da Kommunen in der Regel Sicherheiten bieten, ist es für Finanzinvestoren ein sicheres Geschäft. Für die Kommunen bedeutet das eine Abhängigkeit vom Investor, der u.U. die Entscheidungsspielräume der Kommunen stark einschränken könnte. So müssten im Falle von fehlenden Überschüssen zwar die Kredite der Finanzinvestoren bedient werden, die Zuschüsse für Verkehrsunternehmen und Schwimmbäder würden jedoch gestrichen.
4. Die Förderung der Braunkohle erfolgt im Tagebauverfahren. Dafür wird die Landschaft auf vielen Quadratkilometern für immer zerstört – mitsamt allen Dörfern, Wäldern, Wiesen und Ackerböden, die sich über der Kohle befinden. Nach [Angaben des BUND](#) sind seit Ende des 2. Weltkriegs in Ost- und Westdeutschland insgesamt etwa 300 Ortschaften durch die Gewinnung der Braunkohle zerstört und mehr als 110.000 Menschen umgesiedelt worden. Eine Fläche von etwa 1.000 km<sup>2</sup> wurde irreversibel zerstört. Sollte die STEAG ihr Vorhaben umsetzen, sind Sie als politische Entscheidungsträger maßgeblich für diese Zerstörung verantwortlich.

Die Sprecherin und Sprecher des Klimabündnisses Niederrhein

(Norbert Bömer)

(Klaus Kubernus-Perscheid)

(Karla Leonartz Aksu)

Das Klimabündnis Niederrhein ist ein Zusammenschluss von mehr als 30 Organisationen, überwiegend aus dem Raum Krefeld, Duisburg, den Kreisen Wesel und Kleve.